

Interfraktionelle Frauensitzung
der 37. ordentlichen Hauptversammlung
des Deutschen Städtetages
vom 23. bis 25. April 2013
in Frankfurt am Main

**Interfraktionelle Frauensitzung: „Mehr Frauen – mehr Demokratie?
Verändert politische Partizipation von Frauen Politik und Gesellschaft?“**

Mittwoch, 24. April 2013 12:15 – 13:45 Uhr

Veranstaltungsort: Messe Frankfurt Congress Center,
Saal Illusion 2 + 3, Ebene C 3

Begrüßung: Klaus **Hebborn**, Beigeordneter für Bildung, Kultur, Sport
und Gleichstellung des Deutschen Städtetages

Einführung und Moderation: Ulrike **Hauffe**, Landesbeauftragte für Frauen, Bremen
Vorsitzende des Frauen- und Gleichstellungsausschusses
des Deutschen Städtetages

Vortrag: Uta **Kletzing**, Europäische Akademie für Frauen in Politik
und Wirtschaft, Berlin e.V. (EAF)

Podium: Dagmar **Mühlenfeld**, Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim
an der Ruhr, Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen
Städtetages

Dr. Birgit **Seelbinder**, Oberbürgermeisterin der Stadt Marktredwitz,
Mitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetages

Dr. Sylvie **Nantcha**, Stadträtin der Stadt Freiburg
Helene-Weber-Hauptpreisträgerin 2011

Prof. Dr. Rita **Süssmuth**, Bundestagspräsidentin a. D.

Betreuung: Jutta Troost, Gleichstellungsreferentin des Deutschen Städtetages

Einführung

Jede Demokratie lebt von der Beteiligung ihrer Bürger und Bürgerinnen oder – anders gesagt – „citizen participation is at the heart of democracy“ (Verba/Schlozman/Brady 1995: 129). Auf diesen Zusammenhang weisen nahezu alle Studien zur politischen Partizipation hin und dies aus gutem Grund, denn demokratische Herrschaft hat die bürgerliche Beteiligung zur Voraussetzung. Neben Freiheit und Gleichheit ist Partizipation konstitutiv für eine Demokratie und stellt somit einen Schlüsselbegriff politikwissenschaftlicher Theorie wie politischer Praxis dar.

Der Kampf um politische Partizipation war eines der Hauptziele der internationalen und nationalen Frauenbewegung. Gleiche Rechte im politischen und öffentlichen Leben fordert explizit Artikel 7 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau von 1979. Artikel 8 fordert die Partizipation auf internationaler Ebene und in der Arbeit internationaler Organisationen.

Zwar konnte das Recht zu wählen und gewählt zu werden mehr oder weniger universell verwirklicht werden, der Anteil von Frauen in politischen Ämtern wie auch sonstigen Entscheidungsgremien ist jedoch bis heute auch in Deutschland nicht ausgewogen. Weltweit lag z.B. der Anteil Frauen in nationalen Parlamenten 2009 bei 18,4% (2002 15 %). Ein effektiver Einfluss auf die Politik ist dabei nicht möglich.

Der UNO-Ausschuss zur Überwachung des Frauenübereinkommens hat in seiner Allgemeinen Empfehlung Nr. 23 (Ziff. 14) deutlich gemacht, dass das Konzept der Demokratie nur dann effektiv verwirklicht ist, wenn die politische Entscheidungsfindung von Frauen und Männern geteilt wird und die Interessen beider Geschlechter gleich berücksichtigt.

Bei politischen Entscheidungen wie beispielsweise in der Arbeitsmarktpolitik oder der Kinderbetreuung ist von entscheidender Wichtigkeit, eine paritätische Entscheidungsfindung und Diskussion zu führen, um geschlechtergerechte, gesellschaftlich gerechte und zeitgemäße Lebensbedingungen zu schaffen.

Dabei stellt sich die Frage, was geschlechterparitätisch getroffene Entscheidungen bewirken: Werden Politik und Gesellschaft durch politische Partizipation von Frauen auch demokratischer, gerechter, besser oder zukunftsfähiger?

Nach einem Impulsreferat von Uta Kletzing, Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. (EAF), diskutieren namhafte amtierende und ehemalige Politikerinnen über die politische Partizipation von Frauen und die Auswirkungen auf Demokratieprozesse.

Organisatorischer Hinweis

Da die Interfraktionelle Frauensitzung in der Mittagspause liegt, steht vor dem Tagungsraum ein separates Buffet für einen Imbiss zur Verfügung.